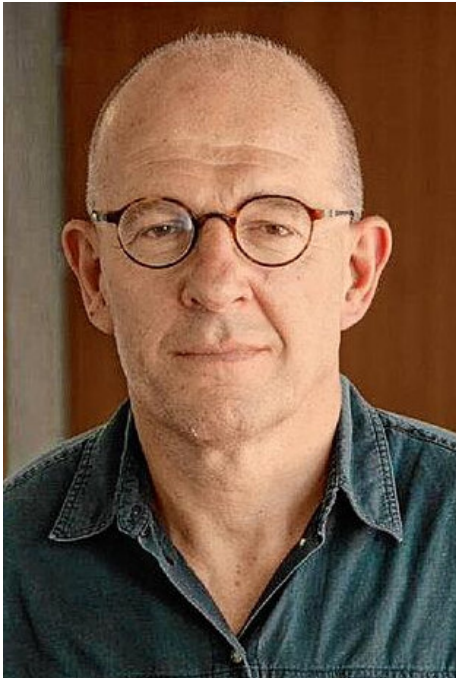


Die
Friedensinitiative Oberhausen
lädt ein zu einer

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG mit Andreas Zumach



„Pazifistisches
Wolkenkuckucksheim“ adé?
Deutschlands (Irr-)Weg in die
"internationale Verantwortung"
von der Wiedervereinigung
bis zur „Kriegstüchtigkeit“

Andreas Zumach lebt in Berlin, ist freischaffender Journalist und Buchautor, war von 1988-2020 Korrespondent am UNO-Sitz in Genf für die Berliner "tageszeitung" (taz) und weitere Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten. Er ist Experte für Themen der Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle, Völkerrecht und Menschenrechte.

Montag,
26.08.2024
19.00 Uhr
Zentrum
Altenberg
(Hansastr. 20,
46049 Oberhausen)

Die westdeutsche Ost- und Entspannungspolitik seit Ende der 1960er Jahre hat den Menschen in der damaligen DDR humanitäre Erleichterungen gebracht, sie ermöglichte die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze, die Aussöhnung mit den Völkern der Sowjetunion sowie den Beitritt beider deutscher Staaten zur UNO. Und diese Politik führte schließlich zum Fall der Berliner Mauer, zum Ende der globalen Blockkonfrontation und zur deutschen Wiedervereinigung.

- War das auf einmal alles falsch und naiv?
- Ist die Entspannungspolitik tatsächlich gescheitert, wie seit dem Überfall Putins auf die Ukraine im Februar 2022 vielfach behauptet wird?
- Und ist die (Wieder-) Herstellung deutscher „Kriegstüchtigkeit“ die einzig mögliche Antwort auf die russische Aggression und die angeblich neue „Unordnung“ in der Welt?

- Wie ließe sich die internationale Verantwortung Deutschlands stattdessen auf friedensfähige Weise wahrnehmen?
- Und wie könnte die Friedensbewegung effektiver als bislang dazu beitragen?

Die Friedensinitiative Oberhausen informiert

Der Protest gegen die geplante Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden hat jetzt auch die SPD erreicht. Wir dokumentieren nachstehend die vollständige Erklärung des "Forums Demokratische Linke in der SPD" (DL21, Vorsitzender: Jan Dieren, Mitglied des Bundestags aus dem Kreis Wesel):

"Nein zu neuen Mittelstreckenraketen in Deutschland!"

Mit dem NATO-Doppelbeschluss und der darauffolgenden Stationierung nuklearer Waffen in Deutschland begann Anfang der 1980er Jahre eine neue Phase des Wettrüstens. Damit verbunden stieg die Gefahr einer atomaren Eskalation des Kalten Krieges – vor allem auf deutschem Boden – stark an, was massive Proteste in der Bevölkerung hervorrief. Eine ähnliche Dynamik deutet sich heutzutage an, wenn ausgerechnet in Deutschland wieder US-Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen, die fähig sind, Atomwaffen in wenigen Minuten nach Russland zu tragen. Wir sagen Nein zu landgestützten Raketensystemen, die mit dem INF-Vertrag verboten waren. Wir sagen Nein zu einem neuen Kalten Krieg, aus dem ein Heißer Krieg werden kann. Immer mehr Aufrüstung ist nicht die „ultima ratio“, sie ist die „ultima irratio“. Frieden braucht – wie Willy Brandt 1990 nach dem Ende der in Ost und West geteilten Welt gefordert hat – eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur. Den Mut zur Erneuerung und Ausweitung der Friedens- und Entspan-

nungspolitik müssen die Regierungen der europäischen Staaten aufbringen. Die gemeinsamen Leitideen für eine Weltinnenpolitik heißen: Nord-Süd-Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit. Das ist die Zeitenwende, die wir heute brauchen. Nur durch gemeinsames Handeln können wir die großen sozialen und ökologischen Konflikte der zusammengewachsenen Welt – insbesondere die Klimakrise – bewältigen. Wir fordern die Staats- und Regierungschefs Europas auf, sich dieser Aufgabe endlich ernsthaft anzunehmen.

Die Gefahr eines großen Krieges in Europa mit der Atommacht Russland muss verhindert werden. Wir dürfen es nicht akzeptieren, dass weite Teile Europas zum Ziel eines nuklearen Präventivschlages werden können. Wir dürfen es nicht akzeptieren, dass Menschen diesem Risiko ausgesetzt werden, indem Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationiert werden. Schon gar nicht dürfen diese nuklear aufgerüstet werden. Wir dürfen es ebenso wenig akzeptieren, dass von deutschem Boden wieder Krieg ausgehen kann.

Krieg ist unmenschlich. Wir wissen aus den Katastrophen der beiden Weltkriege: Krieg kennt in sich keine Grenzen. Wir treten der Kriegsrhetorik und Aufrüstung daher entschieden entgegen. Sie sind nicht im Interesse der Menschen in Europa und drohen Diplomatie und Demokratie zu untergraben.

Wir brauchen jetzt eine Politik des Friedens und der Vernunft!"

Die Friedensinitiative Oberhausen ruft auf zur Teilnahme an den folgenden Veranstaltungen im hoffentlich heißen Herbst:

26. August, 19.00 Uhr im Zentrum Altenberg in Oberhausen: Diskussionsveranstaltung mit Andreas Zumach

2. September, 14.00 Uhr vor der Gedenkhalle am Schloss Oberhausen: Veranstaltung des DGB Oberhausen zum Antikriegstag

5. September, 19.30 Uhr im K14, Lothringer Straße 64: Sitzung der Friedensinitiative Oberhausen

9. September, 16.00 Uhr Ecke Marktstraße/Elssässer Straße: Mahnwache der Friedensinitiative Oberhausen

21. September, 13.00 Uhr: Kundgebung in Uedem/Kalkar, Einzelheiten und Mitfahrgelegenheiten erfahren Sie bei der Friedensinitiative Oberhausen

3. Oktober, Auftaktkundgebung um 12:30 Uhr in Berlin: Bundesweite Großdemonstration unter dem Motto "Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!"

Für nähere Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen sprechen Sie uns bitte an oder schicken Sie uns eine E-Mail an friedensinitiative-ob.de. Sie können uns auch am ersten und dritten Donnerstag eines jeden Monats im K14, Lothringer Straße 64 besuchen, darüber würden wir uns sehr freuen.